V. Aus dem alten Leogang

Die Gemeindeausschußsitzung am 13. Jänner 1889 befaßt sich mit der direkten Landtagswahl in den Landgemeinden. Dabei wurde folgender Beschluß gefaßt: "Es sollen bei den Landtagswahlen in den Gemeinden direkte Wahlen derart eingeführt werden, daß in Hinkunft die Wähler selbst unmittelbar und ohne Wahl von Wahlmännern einen oder mehrere Abgeordnete wählen, weil die Landbevölkerung durch die bisherige Art der Wahl in ihren bisherigen Interessen schwer beeinträchtigt erscheint.

Hierzu wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, daß nicht wie bisher, nur ein Drittel, sondern alle Steuerträger wahlberechtigt seien, da im ersteren Falle der Minderbesteuerte in seinem bürgerlichen Rechte beeinträchtigt würde, da er doch ebenso befähigt und vernünftig ist, einen würdigen und gewissenhaften Vertreter des Volkes zu wählen.

Die Wahl soll am Sitz der Gemeinde stattfinden, weil die auswärtige Wahl viel Zeit und Geld erfordert und daher im voraus ein mangelhaftes Erscheinen zur Wahl zu erwarten ist."

In der Gemeindegemeinschaft am 8. September 1889 werden die Taxen für den neuen Friedhof festgesetzt, wobei für die Gräber um das große Kruzifix 5 Gulden, für die anderen Gräber 1 Gulden zu zahlen ist.

In der Sitzung am 8. September 1889 beschließt der Gemeindeausschuß den Kauf des Malerhäusl im Rosental um 1325 Gulden. Es ist vorgesehen, dieses Haus mit Krankenzimmern und darüber hinaus mit Armenwohnungen auszustatten.

Die Beistellung von Pferden zur Feuerspritze bei allfälligen Bränden ist der Inhalt des Protokolls der Gemeindeausschußsitzung vom 8. Dezember 1889. Es werden jene Pferdebesitzer namhaft gemacht, die 2 Pferde in Brandfällen zu stellen haben.

Aufregung gab es in der Ausschußsitzung am 9. Februar 1890, bei welcher der Erlaß über die Eintragung der Servitutsrechte in die neuen Grundbücher besprochen wurde. Wortwörtlich heißt es im Protokoll: "Der Vorsitzende bemerkt zu diesem Erlasse, daß das k.u.k. Aerar wohl die Verpflichtung zur Holzabgabe in den Grundbüchern eintragen ließ, sich aber um diese Verpflichtung nicht mehr kümmert, den Bezugsberechtigten den Holzbezug nach

Willkür restringiert und abzieht unter dem Vorwande, es sei nicht mehr so viel Holz vorhanden, während dasselbe alljährlich große Quantitäten Holz an die Sägebesitzer zur Verarbeitung um den Lokalpreis verkauft.

Es wirft sich hier die Frage auf, was sollen die Servitutsberechtigten dagegen machen?

Das Aerar verweigert die liquidierte Holzabgabe unter Ablösung der Holzbezugsrechte mit Kapital und beruft sich auf das Forstgesetz, wonach der Rechtsweg ausgeschlossen ist."